

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/22

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Krieg um die Ukraine: Die Karten werden neu gemischt!

Während in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Mallorca u.v.a. schon jetzt die letzten Corona-Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückgenommen wurden, tut man sich in Deutschland noch immer schwer damit, den "Exit" aus der Pandemie zu schaffen. Unabhängig von der Coronalage erreicht die seit Monaten **galoppierende Inflation mit dem Krieg Russlands in der Ukraine** eine weitere Steigerung zu einem baldigen regelrechten Preisschock. Vor allem aber hat Putins völkerrechtswidriger Einmarsch in die Ukraine Vieles völlig durcheinander gewirbelt, egal wie dieser Krieg sich entwickelt. Mit am stärksten trifft das Deutschland. Die Bundesregierung hat bereits eine deutliche Kehrtwende verkündet mit einem 100 Milliarden-Projekt zur Aufrüstung der Bundeswehr und der Zusage für 2% der gesamten Wirtschaftsleistung für die Nato. Dadurch werden etliche Vorhaben der Ampel-Regierung sicherlich ins Schleudern kommen, ganz unabhängig von den Folgeschäden durch Putins Krieg, wie u.a. Millionen Flüchtlinge.

Wegen des Einmarschs in die Ukraine wird Russland mit umfassenden Sanktionen belegt. Die Weltwirtschaft wird darunter leiden, Rohstoffknappheit wird zuehmen und die Inflation kommt dadurch erst so richtig in Gang, mit am stärksten in Deutschland, das sich wie kein anderes EU-Land von russischen Gas- und Erdöllieferungen zu großen

Teilen abhängig gemacht hat. Wenig beachtet ist bisher die Rolle der Ukraine als Produzent des für die Halbleiterindustrie wichtigen Neongases und als großer Nahrungsmittelexporteur. Und dann ist auch noch mit russischen Cyberangriffen zu rechnen. **Das alles ist eine gefährliche Mischung auch für Städte wie Mülheim.**



Landtagswahl in NRW im Mai in schwierigen Zeiten

Lassen wir den Krieg um die Ukraine, die davon galoppierende Inflation, die Folgen der Corona-Politik oder die geplante tiefgreifende Transformation der Wirtschaft mal ganz beiseite, so geht NRW mit Riesenschritten auf den

Landtagswahlkampf für die Wahl am 15. Mai zu. Wüst und Kutschatzy wurden als potenzielle Landesväter aufgestellt und die Grünen haben einen "Wahlkampf der Superlative" verkündet. Sie haben für die Landtagswahl z.B. mehr Großflächen-Plakate gebucht als bei jeder anderen Wahl. Auf meist grünem Hintergrund mit angeschnittener Sonnenblume heißt es etwa: "Reden ist Silber, Handeln ist Grün", "Erlebe Dein Grünes Wirtschaftswunder", "Tierreich ist der neue Wohlstand", "Mit uns werden Bäume wahr" oder "Noch können wir das Klima wählen".

Was aber durch die Folgen von Putins Aggressionskrieg die Landtagswahl wirklich bestimmen wird, ist noch nicht absehbar. Es ist nicht einmal auszuschließen, dass die Landtagswahl verschoben wird!

**ERLEBE
DEIN GRÜNES
WIRTSCHAFTS-
WUNDER.**

Auf den folgenden Seiten:

- Demokratiekrise in Mülheim? Lebendige Demokratie sieht anders aus! S. 2+3
- Fossilienweg bitte nicht asphaltieren! MBI erhält Unterstützung vom Naturschutzbeirat S. 3
- Terrassenhaus am Kassenberg bald eine Rohbau-Ruine? S. 3
- Ende von Energiewende? Oder jetzt erst recht? S. 4
- Kommt die PKW-Maut wegen der E-Mobilität? S. 4
- Bürokratische Zwangsmaßnahmen für die Energiewende S. 4

Demokratiekrise in Mülheim? Lebendige Demokratie sieht anders aus!

Die kommunale Mülheimer Demokratie ist in einem bedenklich schlechten Zustand. Das zeigte sich nicht nur an dem **skandalösen Umgang mit dem am 6. Okt. 2019 überaus erfolgreichen Bürgerentscheid zur Wiederöffnung der VHS in der MüGa**. Verwaltung und Ratsmehrheit stimmten seither alle Anträge zumeist diskussionslos nieder bzw. von der Tagesordnung, sofern dadurch Schritte zur Umsetzung des dokumentierten Bürgerwillens auch nur angedacht wurden. So gammelt das alles andere als baufällige VHS-Denkmal bereits im 5. Jahr ungenutzt weiter vor sich hin.



Ähnlich wurde u.a. mit dem **MBI-Antrag zu vorbeugendem Hochwasserschutz** verfahren, so dass nicht einmal über die floating homes diskutiert werden wollte, von einer Reduzierung etwa der geplanten MWB-Bebauung auf dem ruhmreichen Lindgens-Gelände oder einer Aufgabe der Baupläne in den Ruhrbania-Baufeldern zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke ganz zu schweigen.

Doch nicht nur bei Bauprojekten offenbart sich immer deutlicher eine massiv kränkelnde Demokratie der gewählten Bürgerversammlung hier in Mülheim, die sich fast nur noch als Abnickerversammlung für Vorgaben der Verwaltung zu sehen scheint. Nur aus dem Februar einige Beispiele, die bereits einen schweren Krankheitsverlauf belegen. Zur Frage der **geplanten Verbreiterung und Asphaltierung des Fossilienwegs** haben sich die herrschenden Grünen z.B. auf die hohle Formel festgelegt, sie vertraue auf den Sachverstand der Verwaltung. Zur akuten **Problematik eines lange überfälligen Schulentwicklungsplans** überläßt „die Politik“ alles lieber einem Münsteraner Gutachter für die Verwaltung, der dann per Hochglanz-Powerpoint Binsenweisheiten bestätigt uswusf.. Die Bildungs-„experten“ der Parteien aber weigerten sich bisher, die Diskussion über die seit Jahren dringend benötigte Suche nach Lösungen auch nur zu eröffnen.

Bezeichnend für die Aushöhlung der Demokratie auch folgendes: Der Hauptausschuss als sog. kleiner Rat war zum wiederholten Male in weniger als 30 Min. vorbei, ohne dass außer Verkündungen der Stadtspitze irgendetwas Bedeutsames beraten worden wäre. Den Umweltausschuss wollte die grüne Vorsitzende ausfallen lassen, konnte sie nach MBI-Intervention u.a. wegen des Punktes Fossilienweg aber nicht, weshalb sich dann der SPD-Vertreter Mühlenfeld lauthals beschwerte, dass überhaupt getagt wurde. Auch der eigentlich sehr wichtige Finanzausschuss war in nur 20 Min. vorbei, genauso wie bei der Sitzung davor.



In den nur 20 Minuten am 14.2. wurde der MBI-Antrag zur **Reduzierung der exorbitanten Mülheimer Grundsteuer ab 2024** vor der Neuberechnung von fast allen ohne Diskussion abgelehnt. Nur die MBI stimmten dafür. Keine/r von den

anderen Fraktionen und Gruppen sagte auch nur ein Sterbenswörtchen, lediglich der grüne Fraktionschef als Ausschussvorsitzender belehrte im Sinne des Kämmerers, dann solle die MBI doch erst einmal eine Gegenfinanzierung vorlegen (für 2024?).

Im Rat am darauf folgenden Donnerstag wurde dann der MBI-Antrag auf Antrag der Grünen kalt-schnäuzig von CDU, SPD, Grünen und FDP von der Tagesordnung gestimmt. Der OB wollte jede Diskussion bereits darüber vollständig verhindern. Nur mit Mühe und Not konnte der MBI-Sprecher trotz

des widerwilligen Murrens der o.G. gerade noch sagen, dass es doch Aufgabe des hochbezahlten Kämmerers sei, bis 2024 eine Gegenfinanzierung zu erarbeiten und dass die gewählten Volksvertreter doch in öffentlicher Sitzung auch andere Vorschläge zur Art der Reduzierung einbringen sollten, anstatt das für Mieter wie Eigennutzer bedeutsame Thema als quasi-Tabuthema wegzustimmen.



Diese klirrende Ignoranz in Zeiten galoppierender Inflation ist hochgradig beschämend! Die Bürgerschaft ist grundgesetzlich in einer Demokratie der definierte Souverän. Der hat mit der Kommunalwahl letztes Jahr seine Stimme (wie an der Garderobe) abgegeben und seine Souveränität aufgegeben, oder was? So scheinen große Teile der Gewählten es zu sehen, wenn die gewählten Vertreter/innen der Bürger/innen über bestimmte Nöte vieler Menschen nicht einmal mehr reden oder streiten wollen. Der jahrelange Corona-Ausnahmestand hat die bereits vorher zu dominante Verwaltung als Exekutive sich endgültig verselbständigen

lassen, wobei vornehmlich nur noch verkündet wird. Die demokratischen Gremien werden nachträglich informiert, die Lokalmedien zumeist noch davor. Besonders mit und auch als Folge von Corona haben sich aber die Problemlagen noch vergrößert und verschärft. Man denke nur an die schwere Innenstadtkrise, die wachsende Bildungskatastrophe, die galoppierende Inflation, die große Transformation Ri. Energie- und Verkehrswende, den Pflegenotstand, die zunehmende Deindustrialisierung u.v.m.. Wenn dann auch die gewählten Volksvertreter über bestimmte Themen nicht einmal mehr reden wollen – man denke u.a. auch an **die sehr kundenfeindliche Gebührenpraxis der Stadtochter Sparkasse** – macht sich die repräsentative Demokratie de facto überflüssig.

Eine Demokratie, die ihre Hauptaufgabe im Schaffen und Besetzen von Pöstchen sieht, vergrößert die Dominanz der Verwaltung und verkrustet nicht nur, sie türmt wichtige und zentrale Probleme zu Bergen auf und läßt immer größere Teile der Bürgerschaft außen vor. Oder glaubt jemand wirklich, dass durch die zusätzliche Dezernentenstelle für Schwarz-Grün über Parteibuch (nebenbei erwähnt auch nicht wirklich gegenfinanziert) irgendeine der großen Herausforderungen besser gelöst würde?

Fossilienweg bitte nicht asphaltieren! MBI nicht allein!

„Keinen Handlungsbedarf“ für die Verbreiterung und Asphaltierung des Mülheimer Fossilienwegs sahen viele Mitglieder des Naturschutzbeirates. Mit deutlichen Worten wurde diese Maßnahme zur Ertüchtigung für Radfahrer und Fußgänger ausgeschlossen. Gegen die geplante Asphaltierung oder Pflasterung des Rad- und Fußwegs Fossilienweg sprachen sich die MBI eindeutig aus. Sie sehen u.a. die Gefahr durch „Fahrrad-Raser“. Für Umwelt- und Mobilitätsausschuss hatten sie beantragt, eine Pflasterung des beliebten Wanderwegs auch aus ökologischen Gründen abzulehnen. Doch die große Mehrheit von CDU, Grünen, SPD und FDP lehnten den Antrag ab. Als Zugeständnis kündete die Verwaltung eine Bürgerbeteiligung an. Immerhin!

Terrassenhaus am Kassenberg bald eine Rohbau-Ruine?

Seit langer Zeit geht nichts mehr am Rohbau des Terrassenhauses in bester Ruhrlage am Kassenberg. Die Käufer der 13 Eigentumswohnungen hätten längst einziehen sollen, hängen aber seit Langem in der Luft. Im Hintergrund tobt offenbar eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftern der Bauherren-Firma. Für das Nachbargrundstück zur brachliegenden Baustelle gibt es mittlerweile ebenfalls Bau-



pläne. Schon im vergangenen Jahr hatte ein Investor einen Bauantrag gestellt. Geplant ist der Neubau einer betreuten Wohneinrichtung (als dauerhafte Pflegeeinrichtung) mit 30 Bewohnerplätzen. Ob der ohnehin verkehrlich stark belastete Kassenberg das verkraftet, steht auf einem anderen Blatt. Nicht zu vergessen: Neben der Ruine sollen im weiteren Verlauf des Kassenberg auf dem Lindgens- und Ibing-Gelände noch viele hunderte Wohnungen mehr entstehen!

Ende von Energiewende? Oder jetzt erst recht?

In den kommenden Jahren sollte Gas die Energiewende sichern. Daraus wird nach dem Ende von Nord Stream II ziemlich sicher nichts. Jetzt muss neu und schnell gedacht werden.

Es war in Deutschland sowieso alles auf Kante genäht: Mit jedem abgeschalteten Kohle- und Kernkraftwerk wurde die Stromversorgung unsicherer. Nicht immer scheint die Sonne, nachts tut sie es sogar nie. Und auch der Wind weht nicht regelmäßig. Gaskraftwerke sollten in Zukunft bei Flaute und Dunkelheit einspringen und dafür sorgen, dass die Stromversorgung gesichert ist. Und zwar nicht nur auf dem heutigen Verbrauchsniveau. In Zukunft werden Digitalisierung, Wärmepumpen und E-Autos dafür sorgen, dass wir viel mehr Strom benötigen.

Nur das dafür nötige Gas wird nach dem Ende von Nord Stream II nicht mehr in den benötigten Mengen zusätzlich aus Russland kommen. Und wenn der Konflikt mit Putin noch mehr eskaliert, könnte bald schon für eine Zeitlang weniger oder gar kein Gas mehr aus Russland kommen. **Dann fehlt nicht nur Strom, es könnte auch schnell kalt werden.**

Nun muss alles schnell gehen. Und es muss anders laufen als geplant. Die Politik muss die Energieversorgung von 80 Millionen Menschen in einem der größten Industrieländer der Welt absichern. Versagt sie dabei, stehen ihr wichtigere und viel größere Probleme ins Haus als der Protest von ein paar auf Autobahnen klebenden Bürgerkindern der selbsternannten "letzten Generation".

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür benötigte Leitungsausbau muss nun ebenso mit Höchstgeschwindigkeit erfolgen wie der Bau von Windkraftanlagen. Die Klagemöglichkeiten von Naturschutzverbänden und Initiativen werden wohl (von den Grünen!) eingeschränkt, der Naturschutz deutlich zurückgefahren werden.

Weil aber das nicht ausreichen wird, blackouts zu vermeiden, wird es wohl nicht mehr lange dauern, bis Forderungen lautwerden, die drei verbliebenen Kernkraftwerke doch am Netz zu lassen und die drei zum Jahresende abgeschalteten Reaktoren, so möglich, wieder in Betrieb zu nehmen. Ähnlich wird wohl auch die Verlängerung und ggfs. auch Wiederinbetriebnahme von Kohlekraftwerken ziemlich bald in der Agenda auftauchen!



Kommt die PKW-Maut wegen der E-Mobilität?

Die Elektromobilität stellt den Staat vor ein großes Problem: Wenn immer weniger Autos Benzin und Diesel verbrennen, sinken die milliardenschweren Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer drastisch. Reine E-Autos sind für bis zu zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit, danach gilt ein Rabatt von 50 Prozent. Bislang spülen die Abgaben jährlich zusammen rund 50 Milliarden Euro in die Staatskasse. Wie lässt sich das Finanzloch also stopfen, wenn – wie von der Ampel-Regierung geplant – im Jahr 2030 rund 15 Millionen Stromer in Deutschland unterwegs sind? Als Lösung wird nun ins Gespräch gebracht, die Autofahrer künftig noch mehr zur Kasse zu bitten, und zwar im Verhältnis dazu, wie sehr sie die Straßen nutzen. Damit kommt die Debatte über eine Pkw-Maut zurück, aber nicht die dilettantische CSU-Maut nur für Ausländer, sondern nun für alle und sogleich digitalisiert über Smartphone im Auto und automatische online-Abbuchung. WAZ: „Pkw-Maut: Warum sie laut Experten jetzt doch kommt“ **Das große Schröpfen der Bürger nimmt Fahrt auf!**

Bürokratische Zwangsmaßnahmen für die Energiewende

Nach der Explosion der Spritpreise, der Strom- und Heizkosten kommt die massive Verteuerung der Lebensmittel. Und ganz nebenbei haben sich alle städtischen Gebühren erhöht, kassieren Banken und Sparkassen kräftig Kontoführungsgebühren usw. und „natürlich“ wird im Zuge der Inflation fast alles und jeder ohnehin teurer. Hinzu kommen noch etliche weitere Verteuerungen, von denen die meisten Verbraucher bisher noch nicht wissen. So z.B. folgendes: Vermieter müssen ab Januar ihren Mietern jetzt monatlich den Heizkostenverbrauch mitteilen. Das sorgt bei Mietern wie bei Vermietern gleichermaßen für großen Verdross. Auf viele Haushalte kommen damit ungeachtet der ohnehin explosionsartig steigenden Energiepreise noch einmal mehr Kosten zu. Vermieter dagegen rechnen mit einem enormen Arbeitsaufwand. **Solche bürokratischen Erziehungsmaßnahmen zur Energiewende bringen wenig außer für die Ablesefirmen Kalorimeta, techem, ista & Co.!**